

11. Mai 2012

Eine verpasste Gelegenheit - Entwicklungspolitische Organisationen kritisieren die Entscheidung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Fischereipolitik

Vor dem Hintergrund der aktuellen Reformvorschläge zur Gemeinsamen Fischereipolitik der EU debattierte der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am Mittwoch dieser Woche die entwicklungspolitischen Dimensionen der Fischereipolitik. Ein von Fair Oceans und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) positiv bewerteter Antrag der GRÜNEN, der die globale Verantwortung Europas für eine zukunftsfähige Fischerei und den Meeresschutz in den Mittelpunkt stellte, wurde dabei von den Regierungsfractionen abgelehnt.

Während sich die Opposition aus SPD, Linken und Grünen geschlossen hinter den Antrag stellte und damit die Bundesregierung unter anderem auffordern wollte einen Passus in die Grundverordnung der EU-Fischereipolitik einzubringen, der den Schutz der Menschenrechte und das Recht auf angemessene Ernährung in Abkommen mit eventuellen Partnerländern verankert, verwies die Regierungseite darauf, dass die Bedeutung der Fischerei für die Entwicklungspolitik bereits innerhalb der EU-Gremien hinreichend berücksichtigt wird.

Kai Kaschinski von Fair Oceans hält die Ablehnung des grünen Antrags seitens der Union und der FDP angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Fischereipolitik für kontraproduktiv. »Zu Recht betonen die Regierungsparteien, dass es auf europäischer und auch auf internationaler Ebene, wie in der Welternährungsorganisation, durchaus positive Ansätze gibt. Nach einer langen Zeit intensiver Bemühungen seitens der Zivilgesellschaft scheint endlich die Rolle, die insbesondere die Kleinfischerei bei der Bekämpfung von Hunger und Armut weltweit spielt, Eingang in die politischen Konzepte zu finden. Statt jedoch ein klares Zeichen durch den Bundestag zu setzen und diese positive Dynamik für die Entwicklungspolitik zu nutzen, bremsen die Regierungsfractionen im Ausschuss den Prozess ab. In mehrfacher Hinsicht ist dies eine verpasste Gelegenheit.«

»Deutschland kann sich seiner Verantwortung für die externe Dimension der EU Fischerei nicht entziehen«, so Francisco Mari, Fischereiexperte beim Evangelischen Entwicklungsdienst, »denn die EU ist der größte Importeur von Fisch aus Entwicklungsländern. In Deutschland sind es ein Drittel der Importe. Die Bundesregierung hatte bisher immer betont, dass in Zukunft auch die Fischereipolitik sich den entwicklungspolitischen Zielen der EU anpassen muss. Bedeutet die Ablehnung des Antrages der GRÜNEN nun eine Kehrtwende? Wird Ministerin Aigner sich die Zustimmung zu ihrer EU Agrarpolitik seitens der Mittelmeerländer durch ein Wegschauen bei deren desaströsen Fischereipolitik erkaufen?«

EED und Fair Oceans erwarten, dass in den weiteren Beratungen zur externen Dimension der EU Fischerei alle Fraktionen des Bundestags die bisherigen Gemeinsamkeiten für eine ökologisch und sozial nachhaltige EU Fischerei in Drittgewässern wieder aufgreifen und doch noch zu einem gemeinsamen Beschluss kommen, der die Bundesregierung auffordert an ihren Zielen, wie sie z.B. im Kommentar zum Grünbuch zur EU Fischereireform geäußert werden, festzuhalten.

◆ Pressekontakt | ViSdP

Kai Kaschinski
fon: +49-(0)152-29 51 70 04
mail: fair-oceans@gmx.info

◆ Fair Oceans
Arbeitsschwerpunkt des
Vereins für Internationalismus
und Kommunikation e.V. | IntKom

◆ Kontakt
Verein für Internationalismus
und Kommunikation e.V. | IntKom
Kommunikationszentrum paradOx
Bernhardstraße 12
28203 Bremen
Deutschland | Germany
fon: +49-(0)152-29 51 70 04
mail: fair-oceans@gmx.info
web: www.fair-oceans.info

◆ Gerichtssitz
Amtsgericht Bremen
Registernummer: VR 55 59